

Butter statt Kanonen!

Das Streikrecht verteidigen!

Warnstreiks sind mehr als kurze Unmutsbekundungen. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, dass die letzten Tarifrunden kämpferisch und lebhaft verlaufen sind. Trotz des harten Widerstands der Arbeitgeber konnten wir Erfolge verzeichnen.

Nun sprechen Politiker der CDU und der FDP sowie Verbandsvertreter der Industrie davon, das Streikrecht einzuschränken! Verkehrsminister Wissing sieht Streiks als "Sicherheitsrisiko", wenn "in Europa Krieg herrscht".

Dabei ist klar: Unsere Interessen als Beschäftigte können wir nur gemeinsam durchsetzen. Und weil gute Argumente dafür nicht ausreichen, müssen Streiks deutlich machen, dass ohne unsere Arbeitsleistung die Räder stillstehen und die Kassen nicht klingeln. Auch und gerade in Zeiten wirtschaftlicher und politischer Krisen!

Lohnverlust durch Inflation - ohne uns!

Die gute Beteiligung an den Tarifeinverständigungen hat eine Anhebung der Tariflöhne 2023 um 5,5 Prozent möglich gemacht. In einigen Fällen konnten für niedrigere Lohngruppen höhere prozentuale Steigerungen erreicht werden. All dies gleicht jedoch die Preissteigerung, insbesondere der Güter des täglichen Bedarfs und der Mieten, nicht aus.

Es liegt nicht in unserem Interesse als Beschäftigten, wenn die deutsche Regierung eine "Zeitenwende" beschwert und - im Bündnis mit den USA und anderen Staaten - in aller Welt um Zugang zu Märkten, Kontrolle über Rohstoffe und politische Vorherrschaft konkurriert. Bei diesen Kriegen geht es nicht um Demokratie und Menschenrechte - während die westlichen Staaten russische Kriegsverbrechen in der Ukraine anprangern, liefern sie gleichzeitig die Waffen, mit denen die israelische Armee den Gaza-Streifen unbewohnbar macht. Diese Kriege - ob in der Ukraine oder im Nahen Osten - sind nicht unsere Kriege! Dafür zahlen wir nicht! Wir holen uns den Lohn zurück, der durch die Inflation verloren gegangen ist.

Gewerkschaftliche Arbeit ist politisch!

Gewerkschaften dürfen Krise und Krieg nicht als Naturereignisse hinnehmen, sondern sind dazu aufgerufen, politisch gegen Militarismus, Krieg und Aufrüstung Stellung zu beziehen. Nicht zuletzt schwächt das falsche Argument, dass in Kriegszeiten alle - Arme und Reiche, Kapitalisten und Arbeiter - zusammenstehen müssten, die Entschlossenheit der Beschäftigten, gemeinsam für ihre sozialen und politischen Interessen zu kämpfen.



Das kann heute - in einer Zeit wirtschaftlicher, politischer und ökologischer Krisen - nur gelingen, wenn es mehr politische Debatte und mehr politisches Bewusstsein auch in der betrieblichen Arbeit vor Ort gibt und wenn die Gewerkschaften zu den zentralen politischen Fragen Stellung beziehen.

Die AfD ist im Kern faschistisch!

Die AfD ist keine Partei wie jede andere. In ihr hat sich, repräsentiert durch Björn Höcke, ein faschistischer Kern herausgebildet, der die politische Entwicklung der AfD immer stärker bestimmt.

Der Faschismus in Deutschland hat 1933 die freien Gewerkschaften verboten und zerschlagen, viele ihrer Funktionäre wurden in den Konzentrationslagern interniert oder mussten fliehen. Das nationalsozialistische Deutschland hat den millionenfachen Mord an Jüdinnen und Juden, anderen ausgegrenzten gesellschaftlichen Gruppen und politischen Gegner:innen organisiert.

Heute fordern erste AfD-Politiker die Deportation von Millionen unserer Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland.

Dies darf nie wieder geschehen - wehren wir den Anfängen und treten wir der AfD entgegen, bevor es zu spät ist! Deshalb gilt nicht nur bei den Wahlen: Kein Fußbreit der AfD! Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter müssen aktiver Teil des gesellschaftlichen Widerstands gegen die neue faschistische Gefahr sein!

Sozialismus von unten

- Internationale Solidarität statt Standortnationalismus und Krieg
- Die Befreiung der Arbeiterklasse muss das Werk der Arbeiterklasse selbst sein
- Demokratie darf nicht am Werkstorienden
- Ausbeutung, Unterdrückung und Diskriminierung bekämpfen

Dafür steht unsere revolutionäre Organisation Sozialismus von unten. Wenn du das auch so siehst und Interesse an Mitarbeit hast, melde dich unter:

info@sozvu.org

Veranstaltungen

3. Mai um 19 Uhr
“EU - ein Friedensprojekt?”
in Berlin & Zoom
www.sozvu.org

16. Mai um 19 Uhr
“Wie können wir der AfD den Wahlkampf verhageln?”
in Berlin & Zoom
www.sozvu.org

28. - 30. Juni
“Gesicht zeigen gegen Hass und Hetze”
Massendemo gegen den AfD-Bundesparteitag in Essen
<https://gemeinsam-laut.de>

Sozialismus von unten



sozvu.org